



Volksbegehren: Unterstützung von Industrie

Das Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch wird frühestens im September abgehalten.

[WIEN/M. L.] Lange ließ die Industriellenvereinigung Ex-SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch zappeln: Erst am Freitag gab IV-Chef Veit Sorger bekannt, das Bildungsvolksbegehren doch zu unterstützen. Und das, obwohl die Forderung der Industriellen nach Studiengebühr und Zugangsbeschränkungen an den Unis nicht enthalten sind. Der Text decke die nötige Breite ab und enthalte keine „politisch eingefärbten Forderungen“, begründete Sorger die Entscheidung. „Wir wollen keine Einzelmaßnahmen mehr, sondern ein Gesamtpaket.“

Kritik übte Sorger an der Ankündigung von Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ), das Bildungsvolksbegehren ebenfalls zu unterschreiben: Die Regierung sei der Adressat und solle es deshalb nicht unterstützen.

Gesamtschule am Ende möglich

Am Ende kann sich Sorger auch die Einführung der bis zuletzt umstrittenen Gesamtschule der Zehn- bis 14-Jährigen vorstellen. Diese dürfe aber keine Nivellierung nach unten bedeuten. Auch Androsch will erst die nötigen Voraussetzungen schaffen: „Nur das Türschild ändern bringt nichts.“ Man müsse bei den Deutschkenntnissen von Volksschulkindern und der Ausbildung der Pädagogen ansetzen. „Von punktuellen Ankündigungen halte ich überhaupt nichts, wenn dafür nicht die Voraussetzungen geschaffen werden.“

Auch für den jüngsten Vorschlag Schmieds, das „Sitzenbleiben“ abzuschaffen, gebe es diese Voraussetzungen noch nicht, sagte Androsch. Die Zielsetzung könne er aber unterschreiben. Das Wiederholen einer Klasse solle künftig nur noch eine Ausnahme im Extremfall sein.

Statt wie angekündigt im Juni wird das Volksbegehren frühestens im September abgehalten. Wegen der vielen Feiertage im Juni seien die Menschen in Urlaubsstimmung und hätten kein Interesse daran, ein Volksbegehren zu unterschreiben, erklärte Androsch.